

Lang gibt zu: „Wir waren zu blauäugig“

POLITIK Debakel beim Abwasserzweckverband Pfattertal beschäftigte Gemeinderat Obertraubling.

VON BEATE LUTZ-MASS, MZ

OBERTRAUBLING. Die Lage beim verschuldeten Abwasserzweckverband Pfattertal – derzeit das große Thema in allen beteiligten Kommunen – wurde auch im Obertraublinger Gemeinderat ausführlich diskutiert. „Von der Investition in hochspekulative Wertpapiere hat der Verwaltungsrat nichts gewusst“, betonte Bürgermeister Alfons Lang. Im Nachhinein habe er jetzt jedoch den Eindruck, dass die Räte teilweise „bewusst und gezielt manipuliert“ worden seien.

Aus den geprüften Bilanzen des Kommunalunternehmens VBA sei nicht zu erkennen gewesen, dass irgendwelche Finanzgeschäfte nicht ordnungsgemäß abgewickelt worden seien. „Da es sich um geprüfte Bilan-

zen handelte, ergab sich für mich die Notwendigkeit nicht, etwas zu hinterfragen“, erklärte Lang. Über den Ankauf der spekulativen Wertpapiere im Wert von rund fünf Millionen Euro sei der Verwaltungsrat nicht informiert worden.

Der Prüfbericht des Kommunalen Prüfungsverbands hatte ein Kontrolldefizit bei der VBA über Jahre hinweg festgestellt. Dieser Verantwortung habe er sich als Verwaltungsrat zu stellen, betonte Lang. Für ihn habe der Spruch „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ nun eine ganz besondere Bedeutung. Auf Fragen nach der finanziellen Situation habe der frühere Verwaltungsratsvorsitzende stets zufriedenstellende Antworten gegeben. „Läuft alles bestens“, habe es immer geheißt. „Da waren wir wohl blauäugig“, gab Lang zu und erklärte, er sei „menschlich schwer enttäuscht“ vom Verhalten des Verantwortlichen.

Abgesehen von der genannten Finanzaktion sei jedoch alles bekannt gewesen. So seien die Gründung des Kommunalunternehmens und die Fi-

nanzierung durch einen Fonds ebenso wie die einzelnen Investitionen in Kläranlage und Kanalisation in der öffentlichen Versammlung diskutiert und beschlossen worden. „Es war nicht so, dass da ein paar Herren im dunklen Keller saßen und sich was ausdachten“, sagte der Bürgermeister. Auch die Unterdeckung, die sich daraus ergab, dass die Gebühren für die Abwasserentsorgung zu niedrig angesetzt worden seien, sei durchaus bekannt gewesen. „Und jetzt wird auf einmal so getan, als ob der Verband niemals eine öffentliche Sitzung abgehalten hätte“, kritisierte Lang.

Die Gründung des Kommunalunternehmens sei vor dem Hintergrund beschlossen worden, dass von der Regierung eine Streichung der öffentlichen Zuschüsse für Investitionen in Abwasserbeseitigungsanlagen angekündigt worden sei. Daraufhin sei man überein gekommen, ohnehin geplante Investitionen zeitlich vorzuziehen. „Ich darf daran erinnern, dass unter diesem Aspekt auch kurzfristig die Kanalisation der Gemeindeteile

Einthal, Höhenhof und Tenacker durchgeführt wurde“, sagte Lang. Ohne den Ausbau des Abwassersystems wäre die wohnbauliche Entwicklung aller beteiligten Gemeinden gefährdet gewesen. Auch die Kläranlage sei nicht überdimensioniert, so Lang.

Das Kommunalunternehmen sei deshalb installiert worden, um bei den Investitionen den angesichts der Investitionssumme beträchtlichen Vorsteuerabzug geltend machen zu können. Sowohl die Gründung dieses Unternehmens wie auch das beschlossene Finanzierungsmodell durch einen Fonds sei vom Innenministerium wie auch vom Kommunalreferat des Landratsamts begleitet worden, betonte Lang.

Zur Klärung der Gesamtsituation, auch bezüglich möglicher Schadensersatzansprüche, müsse der Verband nun auf eine anwaltschaftliche Vertretung zurückgreifen, so Lang. Über eine mögliche strafrechtliche Bewertung wolle er selbst keine Spekulationen anstellen. Diese sei Sache der Staatsanwaltschaft.